

24. HAUPTVERSAMMLUNG DES RATES DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

„FIT FÜR DIE ZUKUNFT? SO BEREITEN SICH EUROPAS LOKALE UND REGIONALE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN DARAUF VOR“

Malmö, 24. April 2009

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, Bürgermeister, Vorsitzende, gewählte Vertreter und Beamte europäischer Kommunen, Städte, Provinzen, Landkreise und Regionen, treffen uns in Malmö, Schweden, am 24. April 2009 anlässlich der 24. europäischen Hauptversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und verabschieden folgende Erklärung:

1. In dem Prozess eine Gesellschaft zu errichten, die ausgeglichener und gerechter ist und auf Zusammenarbeit und Solidarität basiert, hat Europa seit vielen Jahren bis zum heutigen Tag erfolgreich gemeinsame Projekte entwickelt und Barrieren und Mauern niedergerissen. In den letzten Jahren dagegen steht Europa einer Reihe von Herausforderungen von zunehmender Wichtigkeit und Intensität gegenüber – demographischer Wandel und soziale Vielfalt, technologische Entwicklungen, Klimawandel und Erderwärmung, Bedarf an sicherer, sauberer Energie, und härterer wirtschaftlicher Wettbewerb. Unsere Kommunen und Regionen müssen nicht nur effektiv planen, um diesen Herausforderungen zu begegnen, sie stehen ihnen vielmehr an vorderster Front gegenüber und müssen bei ihrer Bewältigung eine führende Rolle spielen, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.
2. Wir haben hier in Malmö unsere Bereitschaft erneut bekräftigt, unsere Dienste zu entwickeln und diesen Herausforderungen anzupassen – sowohl kurz-, als auch langfristig – und zu gewährleisten, dass wir wirklich „fit für die Zukunft“ sind, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der europäischen und den nationalen Regierungsebenen.
3. Jedoch hat in den vergangenen sechs Monaten die globale Finanz- und Wirtschaftskrise fast alle Teile Europas mit aller Macht getroffen, und hat massive Auswirkungen vor allem auf die Kommunen und Regionen, bei denen die BürgerInnen Schutz und Unterstützung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten suchen. Dies fügt den bestehenden Herausforderungen eine dringliche, neue Dimension hinzu, darunter die notwendige Unterstützung für eine territoriale Politik, die Innovation und Forschung fördert.
4. Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Diese Wahlen sind ein wichtiger europäischer Treffpunkt zwischen Europa und seinen BürgerInnen. Und die bevorstehenden Wahlen sind von besonderer Bedeutung für uns alle, in und außerhalb der Europäischen Union.
5. Gerade weil dies ein so schwieriger Moment in Europas wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung ist, wollen wir einige Grundprinzipien nochmals betonen zur Richtung, in die sich Europa entwickeln soll – Prinzipien, die auch im Manifest des RGRE für Kommunen und Regionen in Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Parlament enthalten sind:

6. Ein starkes und vereintes Europa – wirtschaftlich, sozial und politisch – und das vollständig die Schlüsselrolle seiner lokalen und regionalen Gebietskörperschaften anerkennt

Europa kann es sich in den heutigen schwierigen Umständen nicht leisten, gespalten oder zusammenhanglos zu sein. Es ist entscheidend, dass die Union in all ihren Dimensionen gestärkt wird und insbesondere, dass der wirtschaftlichen und sozialen Krise entgegengetreten wird. Es ist offensichtlich, dass nationale Konjunkturpläne, die unkoordiniert nebeneinander stehen, die Grenzen eines rein zwischenstaatlichen Ansatzes aufgezeigt haben. Wir brauchen starke, effektive und demokratische Regierungsstrukturen: Einen engagierten Europäischen Rat, eine Kommission, die Vorschläge unterbreitet und handelt und ein Parlament, das seine volle Verantwortung übernimmt. Alle Institutionen müssen ihre volle und aktive Rolle spielen, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen, in einem partnerschaftlichen Geist mit allen Regierungsebenen.

7. Ein Europa, das sich nicht nach Innen wendet und Protektionismus ablehnt

Angesichts der Tiefe und der erwarteten Dauer der Wirtschaftskrise müssen wir uns davor hüten, dass einzelne Regierungen ihre eigenen BürgerInnen ohne Rücksicht und auf Kosten Anderer beschützen möchten, und ebenso sicherstellen, dass sich Europa nicht vom Rest der Welt abwendet. Solche Politik, wenn sie umgesetzt würde, wäre von größtem politischem, wirtschaftlichem und sozialem Schaden. Zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs muss Europa es ablehnen, neue Barrieren auf unserem Kontinent oder zu den Nachbarn der EU oder darüber hinaus zu errichten.

8. Ein Europa der Toleranz und Respekt, offen und ansprechbar für die Welt

Wir müssen mit noch größerer Kraft allen Formen von Intoleranz, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und aggressivem Nationalismus gegenüberstehen. Dies ist eine fundamentale Aufgabe aller demokratischen Einrichtungen Europas, vom Europäischen Parlament bis zur Kommune.

Darüber hinaus hat zunehmende Einwanderung in den vergangenen Jahrzehnten Veränderungen in der demographischen, sozialen und ethnischen Zusammensetzung unserer Städte und Gemeinden mit sich gebracht. Dieser Prozess kann viel Gewinn mit sich bringen, aber auch Herausforderungen an uns stellen, insbesondere wenn es um erfolgreiche Integration geht. Wir brauchen daher effektive Migrationspolitiken auf allen Ebenen; diese Politiken müssen auch auf illegale Immigration abzielen, die negative soziale Folgen haben kann.

Europa muss auch auf internationaler Ebene Qualitäten wie Toleranz, Respekt und Offenheit zeigen – um Frieden und interkulturellen Dialog zu fördern, Konflikte zu lösen, Armut zu bekämpfen und die Millennium Entwicklungsziele umzusetzen. Wir glauben, dass diese Ziele durch eine gestärkte internationale Zusammenarbeit und Städtepartnerschaften zwischen europäischen Städten und jenen in Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, und durch das starke Engagement von Ländern für notwendige öffentliche Entwicklungshilfe gefördert werden können. Daher unterstützen wir die wertvolle Arbeit unserer Weltorganisation, Vereinigte Städte und Kommunen (United Cities and Local Governments), und auch die Allianz der Zivilisationen (Alliance of Civilisations).

9. Ein Europa mit einer starken sozialen Dimension

Die gegenwärtige Krise hat wieder einmal gezeigt, dass es wichtig ist ein Gleichgewicht zwischen den Marktkräften und einem robusten Rahmen sozialer Solidarität und Schutz zu haben. Während jedes Land sein eigenes Wohlfahrts- und Sozialsystem hat, bekräftigen wir, dass wir an unserem europäischen Sozialmodell festhalten, das auch weiterhin benachteiligte Personen oder diejenigen, die unter sozialem Ausschluss oder Diskriminierung leiden, unterstützen muss.

Und Europas lokale und regionale Gebietskörperschaften befinden sich, und müssen es auch weiterhin bleiben, im Herzen dieses Modells und des über den ganzen Kontinent reichenden Netzes sozialen Schutzes.

10. Ein Europa, nahe an seinen lokalen und regionalen Wurzeln, und zu seinen lokalen und regionalen gewählten Vertretern

Die Geschichte Europas ist auch eine Geschichte seiner Gemeinden und Städte, seiner Regionen und Nationen. Daher wird ein zentralisiertes, von oben nach unten gebautes Europa niemals die Unterstützung der BürgerInnen erringen.

Wir betonen, dass für die meisten europäischen Politiken – vom Anfang bis zur Umsetzung – das aktive Mitwirken lokaler und regionaler Gebietskörperschaften notwendig ist, um die besten Ergebnisse zu erreichen. Die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen sollten deshalb deren Beitrag anerkennen und respektieren. Außerdem sollten sie sicherstellen, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften über die notwendigen finanziellen Mittel und Kapazitäten verfügen.

Wir unterstreichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Europarates, vor allem des Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Charta für lokale Selbstverwaltung, welche die Prinzipien eines in den Kommunen verwurzelten Europas festschreibt. Wir bestätigen ebenfalls die Bedeutung der Zusammenarbeit des RGREs mit dem Ausschuss der Regionen, die wir auf einer partnerschaftlichen Basis zur Unterstützung unserer gemeinsamen Ziele weiterzuentwickeln hoffen.

Wir begrüßen die Anerkennung durch die Staats- und Regierungschefs der EU in der Berliner Erklärung im Jahr 2007, dass sich in Europa heute „die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen die Aufgaben teilen“. Und wir bekräftigen unsere Unterstützung für den Vertrag von Lissabon, der zum ersten Mal in den Europäischen Verträgen tatsächlich die Rolle demokratischer Kommunen und Regionen anerkennt würde und daher tatsächliche praktische Auswirkungen auf das Leben unserer BürgerInnen hätte.

11. Ein demokratisches Europa, das seine BürgerInnen beteiligt und engagiert

Das Jahr 2009 markiert den 20. Geburtstag der Entscheidung des Europäischen Parlaments, ein Programm zur finanziellen Unterstützung von Städtepartnerschaften zu schaffen. Dies wurde von großer Bedeutung, um BürgerInnen auf unserem ganzen Kontinent die Möglichkeit zu geben sich zu begegnen und einander besser zu verstehen, nicht zuletzt während der Phasen der EU Erweiterungen. Wir glauben, dass Städtepartnerschaften mit den Ländern Südosteuropas heutzutage eine wichtige Rolle spielen können.

12. Wir erkennen, dass Europa sich entwickelt und verändert und wir daher neue Wege gehen müssen, um BürgerInnen zusammenzubringen, und das Bild von Städtepartnerschaften und ihre Praxis zu modernisieren. Wir sind überzeugt, dass die EU ihre Arbeit zu aktiver Bürgerschaft und Städtepartnerschaften für die Zukunft stärken und verschlanken muss.

13. Das Jahr 2009 markiert natürlich auch den 20. Jahrestag des Sieges der Solidarnosc-Bewegung und freier Wahlen in Polen und den Wandel in anderen mitteleuropäischen Ländern, gekrönt vom Fall der Berliner Mauer, der schnell zur Wiedervereinigung Europas führte, und zum Aufblühen von Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene in den Ländern Zentral- und Osteuropas. Seit über 50 Jahren sind die Unterstützung für lokale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie und Städtepartnerschaften Schlüsselthemen des RGRE. Dies sind zwei Seiten der gleichen Medaille – ein demokratisches Europa, das seine Wurzeln in seinen Kommunen hat, und das seine BürgerInnen in allen Bereichen seines Lebens beteiligt.

14. Aber ein Europa, das auf Demokratie auf allen Ebenen beruht, muss vor allem seine eigene starke demokratische Stimme und Institution haben. Daher haben wir alle aus den EU Mitgliedstaaten die Verantwortung, unsere BürgerInnen zu ermuntern, an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni teilzunehmen, und die Schlüsselfragen erklären, um die es geht. Wir fordern unsere KollegInnen in der ganzen Union auf, sich uns in dieser Mission anzuschließen.

* * * * *

24. HAUPTVERSAMMLUNG DES RATES DER GEMEINDEN UND REGIONEN EUROPAS

Malmö, 24. April 2009

RESOLUTION

EUROPAS KOMMUNEN UND REGIONEN – FÜR DIE ZUKUNFT VORBEREITEN

Wir, Bürgermeister, Vorsitzende, gewählte Vertreter und Beamte europäischer Kommunen, Städte, Provinzen, Landkreise und Regionen, treffen uns in Malmö, Schweden, am 24. April 2009 anlässlich der 24. europäischen Hauptversammlung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und verabschieden folgende Resolution:

ANTWORTEN AUF DIE WIRTSCHAFTLICHE KRISE

1. In schwierigen Zeiten suchen die BürgerInnen Hilfe bei ihren Kommunen und Regionen. Jedoch gerade jetzt, in der Rezession – wo wir unter Druck stehen, mehr an Sozialhilfe und soziale Leistungen für die Bedürftigsten auszugeben – sind unsere finanziellen Mittel am stärksten betroffen durch zurückgehende Steuereinnahmen, Finanztransfers und andere Einnahmequellen.
2. Wir nehmen die Maßnahmen zur Kenntnis, die auf internationaler Ebene (durch die G20), auf europäischer Ebene, und in den meisten Staaten unternommen wurden, um das Finanzsystem zu stabilisieren und die Wirtschaft in diesen schwierigen Zeiten wiederzubeleben. Wir unterstreichen, dass die Mitgliedschaft in der Eurozone für die Länder der Zone einen positiven Nutzen brachte, die besondere Schwierigkeiten erlebten. Wir sind davon überzeugt, dass eine stärkere und angemessene Regulierung von Finanzinstituten, die ein systemisches Risiko sein könnten, für die Zukunft wünschenswert ist.
3. Wir glauben dass Kommunen und Regionen in einer besonders guten Position sind, um eine Schlüsselrolle bei der Durchführung der Konjunktur- und Wirtschaftsprogramme zu spielen, und dass unsere Investitionen geeignet sind, schneller Erfolge zu zeigen als die auf anderen Ebenen. Jedoch haben einige nationale Regierungen nicht die Notwendigkeit berücksichtigt, lokale und regionale Gebietskörperschaften einzubeziehen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Diese Situation muss dringend beseitigt werden.
4. Wir rufen daher die europäischen Institutionen, den Europäischen Rat, und die nationalen Regierungen auf, wesentlich größere Investitionssummen gegenwärtiger und künftiger Konjunkturprogramme über Kommunen und Regionen zu leiten. Diese Programme sollten kurzfristig in Investitionen fließen, die schnell umgesetzt werden können und langfristige europäische Ziele verfolgen, wie der Energieeffizienz und größerer Wettbewerbsfähigkeit. Konjunkturprogramme sollten ebenfalls kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die wichtige Bestandteile der europäischen Wirtschaft sind. Wir schulden es den zukünftigen Generationen, darauf zu achten, dass diese Investitionen wirtschaftlich, ökologisch und sozial innovativ, nachhaltig und zukunftsorientiert sind.
5. Wir fordern die europäischen Institutionen und Staaten auf, größere Flexibilität zu gewähren und sicherzustellen, dass die Regeln zu den staatlichen Beihilfen und den Strukturfonds einfacher und kreativer angewandt werden können (z.B. den EU-Finanzanteil erhöhen). Flexiblere Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten ebenfalls, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, erlaubt sein, ohne dabei jedoch Transparenz oder Chancengleichheit in Frage zu stellen.

6. Wir begrüßen die Rolle der Europäischen Investitionsbank, die zur Umsetzung von Konjunkturmaßnahmen mit Kommunen und Regionen zusammenarbeitet, und betonen wie wichtig es ist, solche Programme auszuweiten.
7. Wir appellieren auch an die nationalen Regierungen, ihre Kommunen und Regionen als Partner bei der Bewältigung der Krise einzubeziehen und sie – finanziell oder in anderer angemessener Weise – zu stärken, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden, den Opfern der Krise sozialen Schutz und Hilfe zu bieten. Insbesondere müssen die finanzielle Grundlage und die Finanzmittel der Kommunen und Regionen geschützt werden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass mehrere Staaten Mittel gefunden haben, um lokale Gebietskörperschaften für deren steigende Ausgaben zu entschädigen, die durch die wachsenden Bedürfnisse ihrer Bürger notwendig geworden sind. Wir ermutigen andere Regierungen, diesem guten Beispiel zu folgen.
8. Schließlich glauben wir, dass der mögliche Beitrag der Kommunen und Regionen bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise noch nicht vollständig verstanden oder genutzt wurde, weder von der Europäischen Union, noch von den meisten europäischen Ländern. Wir schlagen daher das Konzept eines ‚lokalen und regionalen neuen Deals‘ vor – und fordern, dass die derzeitige Krise stärker genutzt wird, um ein besseres Gleichgewicht zwischen Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik zu erreichen.

ANTWORTEN AUF DEN KLIMAWANDEL

9. Es ist nun klar, dass der Klimawandel schneller voranschreitet als von der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft noch vor ein paar Jahren erwartet. Die Welt steht daher im Jahr 2009 vor einer seiner größten Herausforderungen – kann die internationale Gemeinschaft ein globales Abkommen von ausreichendem Umfang auf der UN Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen im Dezember erzielen, mit nachhaltiger, umfassender Unterstützung die Erde vor den schwersten Auswirkungen des Klimawandels zu schützen und denen zu helfen, die davon betroffen sind?
10. Die Europäische Union muss weiterhin eine führende Rolle spielen und dabei von allen Regierungsebenen unterstützt werden. Kommunen und Regionen in ganz Europa – und der Welt – stehen an vorderster Front beim Klimawandel, und stellen ein wesentliches Bindeglied zwischen internationalem, europäischem und nationalem Engagement und individuellem Handeln dar. Wir sind in der einzigartigen Position, um sowohl das Klima zu schützen, als auch uns mit unseren Diensten an den Klimawandel anzupassen und damit Führung in unseren Gemeinden zu zeigen. Wir müssen mehr tun, um unsere Erfahrungen und gute Beispiele auszutauschen, mit Partnern in Europa und in der ganzen Welt, einschließlich der Entwicklungsländer.
11. Daher unterstützen wir den „Gipfel der Kommunen zum Klimawandel“ (Kopenhagen, 2 – 4 Juni), als wichtigen Treffpunkt unserer internationalen Bewegung von Städten und Kommunen im Vorfeld der zwischenstaatlichen UN-Konferenz. In dieser Hinsicht unterstützen wir die Arbeit unserer Weltorganisation UCLG, die sie gemeinsam mit anderen kommunalen Partnern entwickelt, um in den laufenden internationalen Verhandlungen mit einer einheitlichen politischen Stimme für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu sprechen. Wir ermutigen die Mitglieder des RGRE, das globale Klimaschutzabkommen der BürgermeisterInnen und Kommunen zu fördern, um die Position der Städte und Regionen gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu stärken.
12. Wir hoffen und erwarten, dass die zwischenstaatliche Konferenz in Kopenhagen im Dezember ein verbindliches Abkommen erreichen wird, mit ehrgeizigen Zielen und Verpflichtungen aller Staaten für Aktionen zur Reduzierung des Ausmaßes künftiger Welterwärmung und zum Klimawandel. Diese sollten Ziele nach Sektoren beinhalten (Energieerzeugung, Wasserwirtschaft, Verkehr, etc.) und einen effektiven Kontrollmechanismus, der die Einhaltung gewährleistet.

13. Vor allem wollen wir, dass dieses neue post-Kyoto internationale Abkommen die Rolle der Kommunen und Regionen als wichtige Partner im Kampf gegen den Klimawandel anerkennt, und appellieren an die Europäische Union, die internationalen Organisationen sowie an die EU und UN Mitgliedstaaten, dies zu unterstützen. Wir erinnern daran, dass die Agenda 21 (vereinbart beim Weltgipfel in Rio 1992) bestätigt, dass „die Beteiligung von und Zusammenarbeit mit den Kommunen ein entscheidender Faktor sein wird“ um diese Ziele zu erreichen. Wir hoffen, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften den Istanbul Wasserkonsensus unterzeichnen werden, ein Dokument, das ihre Rolle und Verantwortung bei der Wasserver- und entsorgung betont.
14. Lokale und regionale Gebietskörperschaften spielen auch eine Schlüsselrolle im Hinblick auf Energie. Wir sind erhebliche Nutzer, Erwerber und in einigen Fällen Produzenten von Energie; wir können die künftige Nachfrage durch Planung und andere Politiken beeinflussen und wir können unsere BürgerInnen in Energiefragen beraten und ermuntern. Kommunale und regionale Energiepolitik und -entscheidungen sind auch für den Klimaschutz und die Energiesicherheit von Bedeutung.
15. Wir bestätigen unser Engagement, um die EU-Energieziele - Reduzierung von CO₂ Emissionen, Verbesserung der Energieeffizienz, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien um 20% bis 2020 und die Reduzierung von Emissionen um 30% im Falle eines internationalen Abkommens - zu erreichen und unsere Unterstützung für Initiativen wie den „Konvent der BürgermeisterInnen“, die darauf abzielen, über diese Ziele noch hinauszugehen.
16. Kurzum, öffentliche Einrichtungen – einschließlich Kommunen und Regionen – müssen eine Vorbildfunktion ausüben und mutige Schritte machen, um eine Wirtschaft und Gesellschaft zu entwickeln, die auf einem geringen Verbrauch von fossilen Energien basiert. Solche Politik braucht die aktive Beteiligung und Mitwirkung der lokalen Bevölkerung und des privaten Sektors.

ANTWORTEN AUF DEN DEMOGRAPHISCHEN WANDEL UND DIE HERAUSFORDERUNG ZUR VERBESSERUNG DER QUALITÄT

17. Fast jedes europäisches Land steht vor einem bedeutenden demographischen Wandel im nächsten halben Jahrhundert. Die meisten werden eine steigende Anzahl und Anteil älterer Menschen haben, für die sie einen erhöhten Umfang und Bandbreite von Gesundheits- und Sozialdienstleistungen erbringen müssen, möglicherweise ohne einen entsprechenden Anstieg der Einnahmen. In einigen Ländern wird ein Rückgang der allgemeinen Bevölkerung erwartet, während in anderen ein Anstieg der Bevölkerung vorgeschagt wird, der zum Teil durch jüngste Einwanderung verursacht ist. All dies wird zu Veränderungen der Bedürfnisse und Nachfragen nach Dienstleistungen führen, die von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erbracht werden. Dies schließt die Umsetzung einer effektiven Politik zur sozialen Eingliederung ein.
18. Wir sehen daher die Notwendigkeit, pro-aktiv unsere Dienste und unsere Beschäftigungsstrukturen anzupassen, um den veränderten demographischen Profilen unserer Gesellschaften zu entsprechen. Unsere Führungskräfte und Beschäftigten werden neue Fähigkeiten erlernen und lernen müssen, neue Dienstleistungsformen anzubieten. Unser Personal wird die Vielfalt unserer lokalen Bevölkerung widerspiegeln müssen. Wir unterstreichen die Notwendigkeit eines effektiven lokalen sozialen Dialogs zwischen Arbeitsgebern und Gewerkschaftsvertretern unserer Beschäftigten, um die anstehenden Veränderungen vorzubereiten und uns ans sie anzupassen.

19. Die Notwendigkeit, die Qualität unserer Dienste zu steigern ist nicht auf den demographischen Wandel beschränkt. Sie ist uns eine Herzensangelegenheit als Kommunen und Regionen. Die Schritte, die wir machen müssen, beinhalten: Modernisierung der Strukturen, um zu gewährleisten, dass sie fit für die Zukunft sind; Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT) nutzen, um Effizienz und Effektivität zu steigern; in Personalentwicklung auf allen Ebenen investieren; sowie Lernen durch Benchmarking, Selbsteinschätzung, Begutachtungen (peer reviews), etc.
20. Wir betonen, dass die nationalen Verbände bei der Organisation und Förderung dieser Aktivitäten eine wichtige Rolle spielen können. Wir bestätigen dass Belange der Qualität und Evaluierung in der Zuständigkeit der Kommunen und Regionen (die ihren WählerInnen gegenüber verantwortlich sind) selbst liegen und lehnen Absichten auf nationaler oder europäischer Ebene ab, verbindliche Leistungsanforderungen festzulegen.

ANTWORTEN AUF STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN IN KOMMUNEN UND REGIONEN

21. Wir stellen fest, dass in einigen Ländern wichtige Veränderungen in den lokalen oder regionalen Gebietskörperschaften durchgeführt wurden oder geplant sind. Diese umfassen Zusammenschlüsse zwischen lokalen Gebietskörperschaften, um deren Effizienz und Effektivität zu steigern, oder die Beseitigung einer sub-nationalen Regierungsebene, oder die Schaffung einer neuen regionalen Regierungsebene.
22. Uns ist insbesondere an der Absicherung gelegen, dass im Laufe jeder Veränderung die Einbeziehung der Bürger und die finanzielle Lage der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften geschützt wird. Wenn lokale Gebietskörperschaften zusammengeschlossen werden, wenn neue Kompetenzen auf die lokale oder regionale Ebene übertragen werden, oder wenn Veränderungen im lokalen Steuersystem durchgeführt werden, besteht das Risiko dass die erforderlichen Finanzmittel nicht bereitgestellt werden. Wir fordern alle europäischen Staaten nachdrücklich auf, ihre Verpflichtungen aus Artikel 9 der Europäischen Charta zur lokalen Selbstverwaltung (Finanzmittel der kommunalen Gebietskörperschaften) zu erfüllen.

ANTWORTEN AUF DIE HERAUSFORDERUNG DER GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

23. Wir bestätigen erneut unser Engagement für Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, mit einem besonderen Hinweis auf die Notwendigkeit einer ausgeglichenen Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Strukturen jedes Landes, vor allem – aus unserer Sicht – in denen, die in den Kommunen und Regionen gewählt werden. Wir begrüßen den Erfolg der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, die inzwischen von fast 900 Kommunen und Regionen unterzeichnet wurde. Wir ermuntern alle lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, die Unterzeichnung dieser Charta in Betracht zu ziehen, und begrüßen Vorschläge für eine effektive Weiterverfolgung, um den Gebietskörperschaften, die sie unterschrieben haben bei der Umsetzung der Bestimmungen der Charta zu helfen.
24. Wir fordern die EU Institutionen auf, im bevorstehenden Mandat positive Schritte zu unternehmen, um mit Nachdruck Gleichstellung zu fördern, und insbesondere mehr Aufmerksamkeit darauf zu lenken, Gleichstellung auf lokaler und regionaler Ebene zu unterstützen. Wir glauben, dass die Europäische Kommission und das Parlament zu diesem Zweck effektiv mit dem RGRE zusammenarbeiten und somit die Ziele unserer Charta unterstützen sollten.

ANTWORTEN AUF DIE HERAUSFORDERUNG DER TERRITORIALEN KOHÄSION

25. Wir begrüßen den neuen Fokus auf das Konzept der „territorialen Kohäsion“, d.h. der integrierten (wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen) Entwicklung einer Region, einer Stadt oder Kommune – denn in jedem unserer Gebiete muss die Kombination von lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Politiken zum Nutzen unserer Bevölkerungen zusammenwirken.
26. Die Diskussion über die Zukunft des EU Finanzrahmens für den Zeitraum nach 2013 wird bald beginnen, und vor allem über die Zukunft der Kohäsionspolitik. Wir für unseren Teil bestätigen unser Engagement für eine ehrgeizige, gut ausgestattete europäische Kohäsionspolitik. Eine solche Politik – die auch weiterhin spezielle Unterstützung für Regionen mit Entwicklungsrückstand gewährt – sollte für alle Regionen und Kommunen Europas offen sein und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung unterstützen, und helfen ihr wirtschaftliches und soziales Potential zu nutzen. Wir finden, dass die Regeln der Strukturförderung mehr Spielraum lassen und besser regionalen und lokalen Entwicklungsstrategien angeglichen sein sollten.
27. Wir glauben, dass auf europäischer Ebene, städtische und ländliche Politik und Förderung besser koordiniert und integriert sein sollte; die gegenwärtige Trennung der Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Kommission führt nicht zu den besten Ergebnissen. Die städtischen und ländlichen Wirtschaftsbereiche sind oft eng miteinander verknüpft und sollten in einer ganzheitlichen Weise gemeinsam betrachtet werden. Darüber hinaus sollte die Politik der ländlichen Entwicklung der Kommission einen breiteren Blick auf wirtschaftliche Entwicklung nehmen als dies heute der Fall ist.

ANTWORTEN AUF DIE INTERNATIONALEN HERAUSFORDERUNGEN

28. Es ist in unser Aller Interesse, dass die Europäische Union in guter Partnerschaft mit allen seinen Nachbarländern lebt. Wir glauben dass Europas lokale und regionale Gebietskörperschaften – aller europäischer Staaten, ob EU Mitglied oder nicht – eine wichtigere Rolle in der EU Nachbarschaftspolitik spielen können und sollten, durch Städtepartnerschaften, Partnerschaften und gemeinsame Aktivitäten.
29. Wir ermuntern den RGRE, seine Arbeit mit den Verbänden der Länder des westlichen Balkans fortzusetzen und die Partnerschaft mit NALAS zu stärken, insbesondere der lokalen Ebene bei der Vorbereitung auf einen künftigen EU Beitritt zu helfen.
30. Wir hoffen auch, dass, gemeinsam mit UCLG und seinem Mittelmeerausschuss, engere Beziehungen mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im östlichen und südlichen Mittelmeerraum und darüber hinaus entwickelt werden können. Wir begrüßen die Schritte zur Stärkung der Euro-Mediterranen Partnerschaft auf lokaler und regionaler Ebene..
31. Wir erinnern an die Schritte, die der RGRE und UCLG gemacht haben, um das Verständnis zwischen den lokalen Gebietskörperschaften Israels und Palästinas zu fördern, und sind entschlossen unsere Bemühungen fortzusetzen, mit ihren nationalen Verbänden für eine friedvolle und gerechte Auflösung des Konfliktes zu arbeiten, auf der Grundlage zweier existenzfähiger, demokratischer Staaten. Wir danken der kommunalen Allianz für Frieden, dem Ständigen Ausschuss der Euromediterranen Partnerschaft lokaler und regionaler Gebietskörperschaften und dem europäischen Netzwerk lokaler Gebietskörperschaften für Frieden im Mittleren Osten für ihre fortgesetzte Arbeit.

32. Wir bestätigen nochmals unser starkes Engagement der Kommunen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Lokale Gebietskörperschaften spielen eine wichtige Rolle indem sie helfen, in Partnerschaft die Millennium Entwicklungsziele umzusetzen, effektive Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozesse zu stärken, und generell lokale wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung in Ländern mit geringem Einkommen zu unterstützen.
33. Wir freuen uns, dass die Europäische Kommission und das Parlament diese wichtige Rolle anerkannt haben, insbesondere durch die Schaffung eines speziellen Programms für nichtstaatliche Akteure und lokale Gebietskörperschaften. Außerdem nehmen wir die neue Europäische Charta zur Entwicklungszusammenarbeit zur Unterstützung lokaler Governance positiv zur Kenntnis. Wir begrüßen vor allem die Schaffung einer neuen europäischen Plattform lokaler und regionaler Gebietskörperschaften für Entwicklung, und freuen uns auf eine verbesserte Koordinierung der lokalen und regionalen Stimme gegenüber der Europäischen Kommission und dem Parlament auf diesem Gebiet.
34. Schließlich unterstreichen wir die wichtige Rolle unserer Weltorganisation, Vereinte Städte und Kommunen (United Cities and Local Governments) für Frieden, Entwicklung und Demokratie, und bekräftigen unsere Bereitschaft, als europäische Sektion eng mit UCLG zusammenzuarbeiten, um unsere gemeinsamen Werte auf dem internationalen Feld voranzubringen.

* * * * *